

Anträge zur Kreistagsitzung am 21.3.2024

TOP Ö3: Festlegung der Tagesordnung:

Umbenennung der TOP Ö 9.3 in „Missbrauch von Sozialleistungen aufdecken, verhindern und abstellen!“

Begründung:

Die Heraushebung einer einzelnen Gruppe nach Heimat und Herkunft verstößt gegen Artikel 3 GG, insbesondere Absatz 3:

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden

Änderungsantrag zu TOP Ö 9.3

Der Beschlussvorschlag soll wie folgt geändert werden:

Beschlussvorschlag: Der Kreistag beauftragt den Landrat, eine Überprüfung ~~der Leistungsbezieher aus der Ukraine nach dem Vorbild des Landkreises Nordhausen~~ durchzuführen. ~~Der Landrat soll prüfen, wie er für Personen, die sich hier nicht entsprechend der Rechtslage aufhalten, sind durch die Ausländerbehörde bei der entsprechenden Meldebehörde abzumelden gemeinsam mit anderen Behörden Schritte zur Herstellung der Rechtskonformität herstellen kann.~~ Sämtliche Leistungen, die zu Unrecht bezogen wurden und werden (z.B. Miete, Bürgergeld, Nebenkosten, Erstausrüstung, Medizinische Versorgung etc.) sind in der Folge einzustellen und zurückzufordern! ~~Des Weiteren muss nach dem Vorbild des Ilm-Kreises¹ überprüft werden, ob hier gemeldete Ukrainer zu Unrecht Sozialleistungen empfangen. Dies gilt insbesondere Personen, die bereits in anderen EU-Ländern registriert sind und dort Leistungen empfangen und Personen mit doppelten Staatsbürgerschaften, die keinen Anspruch haben.~~ Der Kreistag soll noch vor der Sommerpause über die eingeleiteten Maßnahmen und die Ergebnisse informiert werden.

(Streichungen sind zu streichen, rote Texte hinzuzufügen)

Begründung Artikel 3 GG wie oben



Georg Heeg

Mitglied der CDU-FDP-Fraktion im Kreistag Anhalt-Bitterfeld